

Das Lahnsteiner Tageblatt
erschließt täglich Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.
—
Bezugspreis
frei ins Haus 1.50 Mk.
monatlich, bei der Post
abgeholt 1.85 Mk.
—
Anzeigenpreis
Die einseitige Zeilenbreite
30 Pfg., für Anzeigen
ausserhalb des Kreises 40
Pfg., Resten die halbpaltige
Zeilenbreite 1 Mk. Wie-
derholungen m. entsprechen-
dem Rabatt.

Lahnsteiner Tageblatt

Sept. 1919

Zeitung für den Kreis St. Goarshausen

Sept. 1919

Umtliches Kreisblatt

Einziges amtliches Veröffentlichungsblatt
Städtischer Behörden und Komitee des Kreises



Allgemeiner Anzeiger

Für das Gebiet an der unteren Lahn bis
zum Rheingau und den westlichen Lannau.

**Abonnements und
Anzeigen**
werden entgegengenommen
in Oberlahnstein in der
Geschäftsstelle Hochstr. 2
sowie bei den Agenturen
in Braubach, Dachsen-
hausen, Osterpai, Camp,
Kessert, St. Goarshausen,
Lann, Bornich, Weisel,
Möhlen, Nalstien, Nie-
dern, außerdem nehmen
sämtliche Boten und Post-
anstalten Bestellungen
entgegen.

Der Rhein im Bild.

Nach den französischen Kammer- und Senatswahl-
ten, die in ganz Europa ein so großes Aufsehen erreg-
ten, fand am 17. Januar die schon lange angekündigte
Wahl des neuen französischen Präsidenten statt. Mit
einer noch nie dagewesenen Stimmenerwartung ist Herr
Paul Deschanel, bisheriger Kammerpräsident, gewählt
worden, und gerade diese Stimmenerwartung ist es,
welche diesem Ereignis eine hochwichtige Bedeutung
verleiht, wie uns J. Reinville dies in einem recht
lernigen Artikel im „Rhein im Bild“ dieser Woche
zeigt. In derselben Nummer befindet sich H. Schald
de la Taverne mit einer interessanten Persönlichkeit,
Georg Forster, dessen Aufenthalt in Mainz den Stoff
zu dem berühmten historischen Roman Königs „Die
Entscheidung in Mainz“ geliefert hat. Die Aufmerksamkeit
der Leser sei auch auf den von der Zeitschrift be-
kanntgegebenen sehr wichtigen Auszug der Verord-
nungen der hohen Kommission gelenkt. Ferner vor-
den sie noch einen von H. Salin mit dem
besten Humor geschriebenen Artikel finden über das,
was der Zuschauer im Theater nicht sieht, sowie auch
eine für die elegante Welt sehr interessante Seite J.
Garnier. In all diesen reichhaltigen Aufsätzen sind
die üblichen geschmackvollen und originellen Aufnah-
men vorhanden.

Umtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung

betr. Abgabe von Brennholz an Kriegsbefähigte u. so.

Die Kriegsbefähigten und Hinterbliebenen wer-
den darauf aufmerksam gemacht, daß Anträge auf
Abgabe von Brennholz aus Staatswaldungen (s. amt-
liche Bekanntmachung vom 28. 11. 1919) spätestens bis
5. Febr. 1920 bei der Kriegsbefähigten bzw. Hin-
terbliebenen-Fürsorge eingereicht werden müssen. Nach
diesem Termin eingehende Anträge können keine Be-
rücksichtigung mehr finden.

St. Goarshausen, den 29. Jan. 1920.

Der Landrat. J. B. Jann.

Bekanntmachung betreffend Gebührenordnung für Gebarmen.

Zur Behebung von Jurefellen bringe ich nach-
stehend einen Auszug aus der Gebührenordnung für
Gebarmen zur Kenntnis.

Nach der Gebührenordnung vom 29. September
1908 betragen die Sätze für eine normale Geburt
1. für den Beistand bis zu 12 Stunden (§ 41)
5 bis 20 M.

2. für jeden nach dem Gebarmenlehrbuch vorge-
schriebenen Wochenbesuch, für jede angelegene
Stunde bei Tag 1 bis 2 M., bei Nacht das Doppelte.
Nach § 251 des Gebarmenlehrbuches hat die Geb-
arme jede Wöchnerin täglich zu besuchen, wenn mög-
lich 10 Tage lang und zwar wenn angängig zweimal
täglich in den ersten 8 Tagen des Wochenbets. Es
sind sonach, wenn diese Besuche bei Tag ausgeführt
werden und wenn sie nur 1 Stunde oder weniger
dauern, zu zahlen (2 x 8 = 16 + 2) = 18 bis
26 M. (§ 5 der Gebührenordnung); zusammen 23 bis
36 M.

Hierzu kommt der Zuschlag von 33 1/2 % (laut
Nachtrag der Gebührenordnung für Gebarmen vom
31. August 1918, Reg.-Amtsblatt Seite 68/69) =
8 bis 19 M.; so daß von Gebarmen gefordert werden
können (für eine gewöhnliche Geburt) = 31 bis
75 M.

Die Festsetzung dieser Grenzen regelt sich nach
§ 2 und 3 der Gebührenordnung.

St. Goarshausen, den 27. Januar 1920.

Der Landrat. J. B. Jann.

Politik und Deutsche.

Die „Associated Press“ allein, die große ameri-
kanische Nachrichtengesellschaft, unterhält in Latein-
amerika über zweihundert Korrespondenten; in der
ganzen Welt über dreihundert Korrespondenten. In-
teressant ist diese Zahl sehr nahe heron. Was
bedeutet seinen Dienst täglich aus. Die drei großen Nach-
richtengesellschaften der Welt sind überdies alliiert und asso-
ziiert, und tauschen ihre Nachrichten aus. Die Zahl
der kleineren, auf Spezialgebieten arbeitenden, anglo-
amerikanischen und franko-romanischen Depesch-
agenturen ist Legion. Neue Kabel werden
gelegt. Funkentelegraphen erwachen fast über Nacht. Die
Auslandspresse registriert mit größter Schnelligkeit
jedes Ereignis von politischer oder wirtschaftlicher
Bedeutung. Der Wert der Nachricht, der raschen
Nachricht, als politischer und wirtschaftlicher Faktor
steht in der ganzen Welt fest. Dieser Wert wird
höchstwahrscheinlich und sicherer noch zunehmen.

In Deutschland verkrüppelt die Abhängigkeits-
freiheit — die gleiche deutsche Abhängigkeitsfreiheit, die im
Krieg entfiel über den feindlichen Propagandadienst
zeigte — kränkelnd und kleinlich dem Nachrichten-
dienst jede Bewegungsfreiheit. Die Anzeigensteuer
ist der Hölle ein Stein. In Deutschland schwächt man
die Presse. Die schweben schwach ist. Eine einfache
Ankündigung regiert.

Ein einziges Wort, von Rio de Janeiro nach
Deutschland telegraphiert, kostet heute ungefähr 20
Mark. Ein einziges tägliches Telegramm, mit allen
Korrekturen von Rede-Abfertigungen kurz gemacht
und auf dreißig Worte reduziert, bedeutet eine mo-
natliche Ausgabe von 18 000 Mark. Das Gehalt
des Korrespondenten muß bei der teuren Lebenshal-
tung in Rio und den Saluntunterschieden mit nahe-
zu 10 000 Mark monatlich angesetzt werden. Es sind
also für eine tägliche direkte Nachricht aus einem
Erdeil, der für Deutschland in dieser Zeit lebens-
wichtig ist, mindestens 28 000 Mark im Monat er-
forderlich — und dafür bekommt die deutsche Presse
täglich drei Zeilen, hoch gerechnet. Das Gleiche gilt
für Buenos Aires, für Paris, für New York, für Mos-
kau, für Bern; mit entsprechenden Abfertigungen.
Das Ergebnis der Rechnung ist die Unmöglichkeit.

Wenn eine große Zeitung einen nur einigermaßen
ausreichenden Nachrichtendienst aus dem Ausland
einrichten wollte, der sich mit dem Nachrichtendienst
der amerikanischen, englischen, französischen, spani-
schen Presse aber in keiner Weise vergleichen könnte,
so würde das, Verbilligung durch Zusammenschluß,
Teilung der Kosten durch Abonnements einer ganzen
Reihe von Zeitungen, knappe Fassung der Nachrich-
ten, das alles miteinrechnen — für diese Zeitung unter
den heutigen Verhältnissen eine Ausgabe für Aus-
landnachrichtendienst von mindestens einer Million
Mark bedeuten, wenn nur ein direkter deutscher
Dienst ins Auge gefaßt wird aus: Paris, London,
Kopenhagen, Rotterdam, Bern, Buenos Aires, New-
York, Rio de Janeiro, Mexiko City, Hongkong, Bom-
bay, Nagasaki.

Eine Unmöglichkeit. Die deutsche Abhängigkeits-
freiheit, das kränkelnde Kleinbüßchen, betrachtet in die
Zeitung als kapitalistisches Steuerobjekt. Wir erhalten
also zum Beispiel die Nachricht, daß Latein-Ameri-
ka bei Hamburger Exporteuren für etwa zwei Mil-
liarden Mark deutsche Waren bestellt hat, — von
Reuter; natürlich nicht umsonst. Aber hundertmal
billiger, als es der eigene Deutlichkeit sein würde.

Ganz trocken hingestellt: Wir sind für unsere In-
formationen, die sowohl in politischer als auch in
wirtschaftlicher Beziehung von ausschlaggebender
Bedeutung sein können, fast ausschließlich auf den
Nachrichtendienst des anderssprachigen Auslands an-
gewiesen. Wir bringen diese Nachrichten aus. Es
wimmelt in unseren Zeitungen von Reuter, Associa-
ted Press, Havas, United Press. Denn die deutsche
Zeitung leidet an einem Nachrichtenmangel, an einer
so krankenhaften Gier nach Nachrichtennahrung, daß
sie Nachrichten frisst, die sie sonst nicht gefressen haben
würde. Diese Hungerkrankheit ist chronisch geworden.
Sie ist nicht nur ein trauriges Symptom in der Ent-
wicklung der deutschen Zeitung, die trotz aller Ab-
hängigkeitsfreiheit und trotz aller Hindernisse eine aus-
schlaggebende Rolle im Geschehen spielen muß, son-
dern sie bedeutet eine Tagesgefahr. Wir haben nach-
gerade gelernt, daß die geschickte Verbreitung von
beeinflussenden Nachrichten eines der wirksamsten
politischen Kampfmittel ist. Man kann sich nun sehr
leicht eine schmerzliche Anwendung dieses Kampf-
mittels vorstellen.

Ein groteskes Beispiel. Eine Partei, eine Gruppe,
wünscht Herrn Kasse zu führen. Der Propaganda-
mann alter Schule würde Leitartikel geschrieben
haben. Diese Leitartikel hätte natürlich nur ein be-
stimmter Teil der Presse abgedruckt, derjenige, der mit
ihrem Inhalt einverstanden war. Er würde Pro-
schüren verbreitet haben. Er wäre vielleicht sogar
auf die Idee gekommen, an gutes Adressenmaterial
geschickt abgefahrene Artikel zu versenden. Der Pro-
pagandamann neuer Schule macht das einfacher.
Was der Zeitung zu teuer ist, kann sich der Pro-
pagandamann aus Parteikampfmitteln leisten. Er fährt
nach Rotterdam. Er setzt sich in Verbindung mit
Rotterdamern Zeitungen und auswärtigen Korrespon-
denten in Rotterdam — er ist ein sehr kluger, ge-
reifer, Journalist — und bietet von Rotterdam aus
zu einem erschwinglichen Preise an. Die hungernde
Presse schnappt zu. Die Nachrichten der neuen
Depeschengeneratur sind gut. Es fällt nicht auf, daß
er am vierten Tag eine Auslassung des „Allgemeinen
Handelsblattes“ druckt, daß das Wort des Herrn
Kasse in Holland den peinlichsten Eindruck macht.
Diese Telegramme, geschickt, anscheinend neutral, ab-
gefaßt, wiederholen sich in Zeitungen von einigen
Tagen, und ehe die Presse merkt, daß hier zu einem
politischen Zweck geführt oder geführt wurde, ist
das Wort schon schon passiert. Nachrichten, die die
öffentliche Meinung stark beeinflussen, sind in Zeit-
ungen eingeschmuggelt worden, die solchen Nachrich-
ten sonst niemals ihre Spalten geöffnet hätten.

Ein kurzes Wort dieser Art von nur wenigen
Wochen Dauer kann schon eine böse Dosis Gift
verbreiten und glänzend vorbereiten für interpo-
litische Agitation. Das mag große Klagen, aber der
erfahrene Zeitungsmann wird sofort die Gefahr
sehen.

Es braucht ja nicht Kasse zu sein, oder Ebert, oder
Hindenburg. Die allgemeine Stimmung kann durch
einen derartigen Propagandadienst ungemein ge-
steuert werden. Er kann die Saluta beeinflussen. Er kann
führernde Persönlichkeiten verdächtigen. Er kann
die Nation gegen wirtschaftliche Maßnahmen er-
wecken. Sein Reich ist unbegrenzt. Er kann sowohl
im Dienste einer feindlichen Parteiarbeit stehen, als
auch rein geschäftliche, und wahrheitsgemäß sehr sta-

pellose, Interessen vertreten. Und es ist sicher nicht
zu viel gesagt, wenn man feststellt, daß der hof-
nungslose Nachrichtenmangel der deutschen Zeitung
tatsächlich eine politische, eine wirtschaftliche, und eine
kulturelle Gefahr bedeutet.

Mit großen Mühen kann man der deutschen
Presse nicht bekommen. Eine direkte Beschaffung, oder
die mehr oder minder unfaire Beeinflussung, die
zum Beispiel immer für die Pariser Presse kennzeich-
nend war, ist der deutschen Zeitung, und besonders
bei der Stellung des Schriftleiters der deutschen Zeit-
ung, nicht möglich. Die Nachrichtennote aber könnte
sehr wohl den mit der feinen Kunst der Auslandsdepe-
sche arbeitenden struppeligen Propagandamann in Län-
den einfließen, die ihm sonst verschlossen geblieben
wären.

Der amerikanische Zeitungsfürst Hearst sagte ein-
mal: „Die Zeitung ist eine Stimme, die in hundert-
tausend Köpfen zur gleichen Zeit spricht.“ Der eng-
lische Zeitungsfürst Northcliffe sagte einmal: „Die
Zeitung ist nicht nur der effektivste, sondern auch
der billigste Redner, der jeden Engländer täglich
mahnen kann, ein Engländer zu sein und zu bleiben.“
Wir aber sind in unserer träumerischen Abhängigkeits-
freiheit dazu übergegangen, diese große Stimme zu einem
hilfslosen Stimmeln zu verdammern.

Erwin Rosen.

Das Kreditabkommen mit Holland

Haag, 28. Jan. Die Hauptbestimmungen des
Kreditabkommens zwischen Holland und
Deutschland sind im großen folgenden: Holland
eröffnet Deutschland einen Kredit in Höhe von 200
Millionen Gulden, ablosbar in zehn Jahren und mit
6 Prozent zu verzinsen. Dieser Kredit teilt sich in
zwei Hälften und zwar 60 Millionen Gulden sind
bestimmt für den Ankauf holländischer Lebens-
mittel und holländischer Produkte, der Rest von
140 Millionen Gulden zum Ankauf von Rohstof-
fen für die deutsche Industrie. Als Gegenlei-
stung verpflichtet sich Deutschland: 1. Die Erlaub-
nis für eine Ausfuhr von jährlich 1 Million Tonnen
Kohlen durch das rheinisch-westfälische Kohlen-
feld nach Holland zu genehmigen und diese Ausfuhr
vorbehaltlich höherer Gewalt bis Dezember 1923 zu
garantieren, 2. regelt Deutschland die Frage der an-
der deutsch-holländischen Grenze gelegenen Kohlen-
gruben, die bereits im Besitz einer niederländischen
Gesellschaft sind und mit diesen Gruben im Zusam-
menhang stehenden Fragen in einem für Holland und
die holländische Regierung günstigen Sinne. Der
Kredit von 60 Millionen Gulden soll zum Ankauf von
Lebensmitteln holländischer oder holländisch-indischer
Ursprungs dienen. Welcher Art die Lebensmittel sein
werden, ist nicht festgelegt, es ist jedoch anzunehmen,
daß Deutschland völlig freie Hand dabei gelassen
wird. Die Deckung dieser 60 Millionen erfolgt durch
die Kohlenlieferungen.

Der andere Teil des Kredits in Höhe von 140
Millionen Gulden ist ein sich ablosender Kredit, ein
sogenannter Revolving-Kredit. Deutschland
kann auf Grund dieses Kredits Kohlen kaufen.
Die Kredite werden durch den Verkauf der aus
diesen Kohlen hergestellten Exportwaren ge-
deckt, dabei müssen die Waren nicht wieder nach Hol-
land zurückkehren, sondern können in irgend ein an-
deres Land ausgeführt werden. Der Kredit wird
unmittelbar durch die holländische Regierung an
deutsche Fabrikanten gegeben, und zwar
über den Weg einer deutschen Treuhandorga-
nisation, deren Vorstandsmitglieder von der Re-
gierung unter Zustimmung der holländischen Re-
gierung zu ernennen sind.

Die Auslieferungsfrage.

Genf, 29. Jan. Der Temps meldet: Die Kon-
tatsung der Verbündeten hat die Anträge Frank-
reichs und Englands angenommen. Die Einigung
der Alliierten in der Auslieferungsfrage ist
eine vollständige. Die Aufnahme Hollands in den
Völkerbund werde von der Beilegung der Ausliefe-
rungsfrage abhängen.

Frankreich und das Abrecht

Paris, 28. Jan. Bei einer Besprechung über die
Auslieferung des deutschen Kaisers erinnert der
Schriftsteller Lucien Descaves in der Lanterne daran,
wie man einst in Frankreich das Abrecht hochge-
halten habe. Nach seiner Ansicht hat Holland Recht,
diesen Grundlag zu wahren. Auf diesem Gebiet
dürfte es nicht zweierlei Rechte geben.
Descaves erinnert daran, mit welcher Unschicklichkeit
Bäcker des jetzt lebenden französischen Geschlechts den
Vorfall dieses Abrechts zugunsten der Verbündeten
von 1871 verlangt hätten. Sie seien befehigt worden,
jedoch hätten sie mit erhobenem Haupt und mit reinen
Händen ihr Vaterland verlassen, Zuflucht suchend in
England, in Amerika, in Belgien und in der Schweiz.
Sofort habe Jules Favre die Frage ihrer Ausliefe-
rung gestellt. Sie sei im Namen der Men-
schenrechte von den genannten Ländern ver-
weigert worden.

Erhöhung der französischen Heeresstärke.

Auf Wunsch Marandis wurde: Walschall
Joffre nach Paris berufen, um bei der Anord-
nung der französischen Streitkräfte mitzuwirken. Der
Kaiser ist eine Vorlage von der Regierung ge-
gangen, welche die Erhöhung des Mannschafsstän-
des der französischen Armee um ein Drittel
gegenüber dem Friedensstande von 1914 vorsieht.

Berlin, 28. Jan. In Korea wurde eine Ver-
sicherung erteilt, die die Sprengung der Asien-
linien zum Zwecke hatte, um 20 000 japanische Solda-
ten untergebracht waren.

Veränderung in Korea.

Tokio, 28. Jan. In Korea wurde eine Ver-
sicherung erteilt, die die Sprengung der Asien-
linien zum Zwecke hatte, um 20 000 japanische Solda-
ten untergebracht waren.

Das Befinden Erzbergers.

Berlin, 29. Jan. Gestern Abend trat im Befinden
des Reichsfinanzministers wieder eine kleine Ver-
schlimmerung ein. Die Temperatur stieg auf
37,2, der Puls auf 128. Die Schwäche nahm daran
zu, daß Unterhausekretär Noelle, der den Minister
in wichtigen Geschäften sprechen wollte, nur für kurze
Zeit empfangen werden konnte. Der Patient mag
außerordentlich geschont werden, um vor-
erst die Schwäche zu überwinden.

Berlin, 30. Jan. Das Befinden des Mi-
nisters Erzberger ist normal. Temperatur 36,4.
Puls 88. Die Kräfte haben sich gehoben. Es
bleibt zu hoffen, daß der Minister seine Tätigkeit
bald wieder aufnehmen kann.

Die Eisenbahnen.

Frankfurt a. M., 28. Jan. Am 28. Januar hat
die Meldung derjenigen Arbeiter begonnen, die die
Arbeit in den Eisenbahnwerkstätten Frankfurt a. M.
und Kied aufnehmen wollen. Die Anzahl der Ar-
beiter, die sich zur Aufnahme der Arbeit unter den
neuen Bedingungen bereit erklärt haben, beträgt in
den beiden Werkstätten bereits heute gegen 3000
Mann.

Berlin, 29. Jan. In den radikalen Eisenbahn-
sammlungen des Direktionsbezirks Berlin drohten
die Radikalen mit Entlassung des gesamten deutschen
Eisenbahnverkehrs zum 15. Februar, falls bis dahin
der Erlaß über die Betriebsverhältnisse nicht
aufgehoben werden.

Einige Angaben in zweiter Auflage.

Ueber die am 22. d. M. in Boppard gegen-
über der Rheinische Volksvereinigung wech-
selte die Internationale Telegraphen-Agentur mitteilen
zu lassen. Die Vereinigung, deren Exster Vorsitzender
bekanntlich der Oberpfarrer Kasper ist und dessen
Vorstand u. a. Dr. Dörren und Frau Elise Jachert
angehören, vertritt zumwahr ihr Programm.
Danach will die Vereinigung alle Rheinländer zur
energischen Vertretung der rheinischen Interessen im
nationalen Sinne sammeln; erstrebt wird die Demo-
katie auf positiver religiöser Grundlage. Als
politische Ziele werden angegeben: für Deutschland
ein Bundesstaat, der im notwendigen die Einheit
schafft, in allem übrigen aber die Unabhängigkeit und
die freie Selbstbestimmung der Bundesstaaten unan-
getastet läßt; für die Rheinlande der Zusammen-
schluß aller rheinischen Stammesteile zu einem be-
sonderen Bundesstaate, dessen alsbal-
dige Errichtung mit allen Mitteln angestrebt
wird; für das besetzte Gebiet die sofortige Schaffung
einer vom Volke gewählten Vertretung mit allen par-
lamentarischen Rechten bei der hohen Kommission in
Coblenz. In allen Teilen der Rheinprovinz, Nassau,
Rheinbessen, Starkenburg und der Pfalz werden
Ortsgruppen gebildet. Das Sekretariat für die
Rheinprovinz befindet sich in Köln-Mülheim,
das für die übrigen Landesteile in Wiesbaden.
Als vorläufiges Presbureau wird die in Köln er-
scheinende Volkswirtschaftliche Rheinische Warte bezeich-
net. In einem Aufruf „Des Rheinlands Rot und
Rettung“ heißt es:

Das Rheinlandsabkommen bürdet dem rheinischen
Volke schwere Lasten auf. Berlin erwies sich bisher
als unfähig, uns zu helfen. Nichts deutet darauf
hin, daß es für die Zukunft besser wird. Da, die
Berliner Regierung kann uns gar nicht hel-
fen, denn ihr Einfluß ist ausgetrocknet. Soll
das Deutschland in den besetzten und bedrohten
Rheinlanden nicht zu großem Schaden kommen, dann
muß sich die Bevölkerung selbst helfen, indem sie ihre
Rechte nach allen Seiten hin geltend macht. Das
aber ist nur mit Hilfe einer eignen Volksver-
tretung möglich. Rheinische Männer und Frauen!
Laßt euch nicht durch das Geschrei, das zu-
gunsten des zentralisierten „Einheitsstaates“ erhoben
wird. Der Einheitsstaat wird niemals
kommen, weil die bestehenden Bundesstaaten, ins-
besondere die Süddeutschen, ihre Eigenart im eige-
nen Staate hegen und pflegen wollen. Das alte
Preußen wurde durch die Monarchie zusammengehal-
ten. Nun, da die Monarchie gestürzt ist, müssen die
Bewohner des Rheinlandes verlangen, daß sie genau
wie die anderen deutschen Stämme die Freiheiten er-
halten, die im Rahmen der bundesstaatlichen Orga-
nisation möglich und wünschenswert sind. Ein Strom
des Segens wird sich nicht nur über die Rheinlande,
sondern über das ganze Deutsche Reich ergießen,
wenn die Länder am Rhein in einem eigenen Bun-
desstaat ihre Kräfte zur höchsten Entfaltung bringen
können.

Das Programm der Vereinigung steht, wie die
obige Inhaltsangabe zeigt, mit der Reichsver-
fassung in vollkommenem Widerspruch.

einigungsämter, sowie die Mieterkreise aller Gemeinden geladen sind, um zu allen wichtigen Wohnungs- und Mieterfragen Stellung zu nehmen, wie z. B. Miethöchstpreise, Mietvereinsangelegenheiten, Wohnungsvermittlung, Zwangsversteigerung und Kleinwohnungsbau. Anmeldungen sowie Auskünfte durch den 1. Vorsitzenden des Mietervereins, Herrn Direktor E. Abigt, Wiesbaden.

Sind Kinderwagen Luxusartikel?
In einer Reihe von Aufsätzen bringt die „Darmstädter Zeitung“ allerlei Ausführungen über die neuen Steuern. Der Leser erfährt da zu seinem großen Staunen, daß neben den Gegenständen aus Gold, Silber und Edelsteinen auch Schmuckgegenstände aller Art, neben Musikinstrumenten und photographischen Apparaten auch die Kinderwagen steuerpflichtig sind. Kinderwagen gelten also als Luxusartikel!

Niederlahnstein, den 30. Januar.

1. Stadtvorordneten-Sitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung vollbrachten die Stadtvorordneten eine wahre Donauarbeit. Auf eine von Seiten des Bürgermeisters, zu der Fassung des Protokolls gemachten Bemerkung erging man sich in ordentlichen Redeschmälen, weitläufigen Debatteintourneen und das Ende der Sache war: Man erkannte, daß man sich um des Kaisers Bart gesamt und man selbst nicht wußte was der langen Rede kurzer Sinn war. Sodann ging man zum ersten Punkt der Tagesordnung, die Abänderung der Luftbarkeitssteuer betreffend, über. Stadtvor. Kauten erteilte dem Vorsitzenden der, die Luftbarkeitssteuer behandelnden Finanzkommission, Stadtv. Vossing das Wort. Nachdem dieser 2 § des Entwurfes erläuterte hatte, brachte eine wahre Sündflut von Gegenwärtigen herein und von der ursprünglichen Form fand fast nichts Gnade vor dem kritischen Auge der Stadtväter. In langen Hin und Her bestritten sich das Sprichwort, „viele Köpfe, viele Sinne“ und nach längerem Redebücheln über Für und Wider einer zu hohen Hebung der Steuer, verlegte man den Punkt am noch nähere Informationen über die Luftbarkeitssteuern der Nachbarorte einzubolen. 2. Wahl einer Wohnungskommission. In die Wohnungskommission wurden 3 Hausbesitzer und 3 Mieter gewählt, nämlich die Herren: Vossing, Fied, Seidel, Gemmer, Weinbach und Struch. 3. Wahl einer Kommission zur Feststellung von Hochwasserschäden. Bürgermeister Rody teilte unter anderem mit, daß in Niederlahnstein 116 Wohnungen und 150 Keller unter Wasser gestanden hätten. Für diejenigen bei denen das Wasser in die Wohnräume eingedrungen war, kämen in den nächsten Tagen Beileidsurteile zur Verteilung. Weiterhin übermittelte der Bürgermeister, daß von Seiten des Kreisverwaltungsamtes von 200 M. vom Kreis 200 M. und an sonstigen freiwilligen Gaben 1000 M. für die Geschädigten eingekommen seien, die zur Verbilligung der Kosten für minder Bemittelte Verwendung finden sollen. Bürgermeister Rody schlug sodann vor, die schon in der letzten Stadtvorordnetenversammlung beantragte Wahl von Kommissionen zur Feststellung der Hochwasserschäden, in 2 Teile zerfallen zu lassen. a. Wahl einer Kommission zur Feststellung der Gebäudeschäden. b. Wahl einer solchen zur Normierung der Flurschäden. In ersterer wurde auf Vorschlag des Stadtv. Vossing die Kommissionen einbezogen, und durch 6 Herren ergänzt, die sich auf Antrag des Stadtv. Hoffmann aus je 2 Schreibern, Anstreichern und Bauhandwerkern zusammen setzen. Und zwar aus den Herren Schreiermeisters Haupt und Kahl (senior), den Baumeistern Wirt und Sauer und den Anstreichermeistern Kuntel und Klein. b. In die Kommission für Flurschäden wurden die Herren Anton Kahl, Joseph Böhm, Joh. Böhm, Joh. Ems, Wilhelm Kahl und Landwirt Rißling gewählt. Stadtv. Streitz bemerkte hierbei, daß es wohl den meisten Mitgliedern der vorgenannten Kommission, wie auch ihm, unmöglich sei, durch ihre Tätigkeit als Kommissionsmitglieder den Ausfall eines ganzen Wochenlohn oder vielleicht noch mehr zu ertragen und daß Entschädigung auf irgend eine Art geschaffen werden müsse. Alle Stadtv. stimmten diesem bei, stellten

Die Getreuen rühten näher zusammen. Jede war ganz Ohr.

„Also der Großherzog hat in aller Frühe ins Palais gefahren und Heinrich zu sich befehlen lassen. Aber er ist nicht gekommen. Er sei zu leidend, hat es geheißen, er könne nicht antreten. Darauf hat man den Hofarzt zu ihm geschickt. Allein der ist abgewiesen. Großmann hat ihn hinauskomplimentiert, und zwar in einer Weise... ich verdanke es dem alten Geheimrat nicht, wenn er darüber Bescheid weiß.“ Und die Hofeuten abgeteilt — heute um zehn Uhr schon, das ganze Programm ist umgekehrt, und der Abschied soll mehr als kühl gewesen sein!“

„Schredlich!“

„Wehe als das. Der Prinz und sein laubereicher Adjutant machen den Hof zum Gelpöhl. Ich habe früher manchmal gemeint, der Großherzog fasse Heinrich zu sehr an. Aber ich sehe nach diesem seinem letzten Streich, der alte Herr hat lange noch nicht viel genug zugestrichen, daß dem Jungen immer noch viel zu viel Willen gelassen. Sagen Sie alle, die Sie hier um den Tisch sitzen, ob ein Betragen, wie das gesehene, eines Prinzen — eines künftigen Regierenden würdig ist?“

„Rein!“

„Rein!“

Es war keiner in dem ganzen Kreise, der nicht den Stab über den Großherzog gebrochen hätte.

In der Tat: Sturmstimmung herrschte in der Residenz. Jeder war auf das Schlimmste gefaßt, und doch wußte eigentlich niemand so recht, woher er zu jähren habe.

Nur einer wußte es, Prinz Heinrich; wußte, daß er das Opfer der Katastrophe sein würde.

Lang hatte ihn heute nacht der Schlaf gelassen, erst gegen Morgen war er in kurzen unruhigen Schlaf ergriffen. Die verschlagenen Anzeichen und Seele hatte er sich gefühlt, als er sich spät morgens erheben sollte.

Weil er sich nicht imstande fühlte, in seiner gegenwärtigen Verfassung dem Vater Rede zu stehen, hatte er sich abgelehnt, vor ihm zu erscheinen, wenigstens er sich klar darüber war, daß diese Weigerung, vor ihm zu erscheinen, den Vater nur noch heftiger gegen ihn aufbringen würde.

nur das Die noch sehr in Frage. 4. Straßen und Wegebau. Eine Anfrage des Stadtv. Streitz lag vor die etwa wie folgt lautete: Warum wird die in der Anlage begriffen nur 98 Meter lange Linsenstraße, in so trummer Linie durchgeführt und warum der noch dem Schloßparkhaus führende Linsenweg nicht offen gelegt. Bürgermeister Rody antwortete hierauf, daß bei dem Entwurf des Planes der Linsenstraße der leitende Gedanke gewesen sei, dem Schloßparkhaus Rechnung zu tragen und unsere Stadt nicht durch kerkengrade und dadurch langweilige Straßen zu verunzieren. Ein weiterer Grund sei die von gekrümmten Straßen bewirkte Windbrechung. Die Stadtvorordnetenversammlung gab sich mit dieser Erklärung nicht zufrieden. Nach längerer Diskussion wurde der Punkt vertagt, um den Stadtvorordneten Gelegenheit zu geben, sich über den Tatbestand zu unterrichten. In Beantwortung des 2. Teiles der Anfrage Streitz führt Herr Bürgermeister Rody aus, daß das Projekt des Linsenweges in die Zeit vor seiner Amtsperiode falle und deshalb von ihm nicht eingehend erläutert werden könne. Die Sache wurde alsdann dem Magistrat überwiesen. Hierauf gab man aus den Reihen der Stadtvorordneten noch verschiedenes Anregungen. Stadtv. Albert bittet den Höchsten, am Reich'schen Hause vorbei, in etwas besserem Zustand bringen zu lassen. Stadtv. O. Reich weist anschließend hieran darauf hin, daß bei diesen Arbeiten mancher unserer Arbeitslosen beschäftigt werden könne. Stadtv. Kippling empfiehlt die Ausbesserung des Weges an der Stadtwache, da kaum noch Wagen darauf gelangen könnten. Stadtv. Hoffmann befragt den vordem Markt etwas Sorgfältig angeheben zu lassen. Auf die von Stadtv. Kippling gestellte Anfrage über die Abhilfe des Bildschadens am Schloßparkhaus antwortete Bürgermeister Rody, die Säulen seien kaum anzurufen, da nicht an allen Stellen gleichmäßig gegen sie vorgegangen würde und man sie in den Staatsbildungen gerade zu hätte. Stadtv. Streitz bringt den dringenden Wunsch zum Ausdruck, daß unsere Schule bald wieder ihre Tätigkeit aufnehmen. Damit schloß die Sitzung.

Reisert. 30. Jan. (Wochenschrift Theater- und Kunst.) Am 1. Febr. veranstaltet der Turnverein eine Theateraufführung, dessen Ertrös ein Beitrag zur Anschaffung einer Odenklafel im Krieges-Gesellen und zur Anschaffung von Glöckchen sein soll. Aus diesem Grunde kann der Besuch der Vorstellung nur empfohlen werden, zumal Wohltätigkeit und Unterhaltung miteinander verknüpft sind. Das reichhaltige und gut gewählte Programm dürfte wohl auch schon den Betrachtern.

Niederlahnstein, den 30. Januar.

Das Passeraufzucht-Verbot ist bis 29. Februar verlängert worden.

a. Voreinschätzung der Ernteerträge in Preußen. Nach der statistischen Korrespondenz stellt sich die Voreinschätzung für das Jahr 1919 wie folgt: Winter- u. Sommerernte 1 246 581 Tonnen (im Vorjahre 1 326 504 T.) oder — 6%, Winter- und Sommerernte 4 765 515 T. (4 099 893 T.) oder — 29%, Winter- und Sommerernte 1 049 559 T. (1 035 600 T.) oder + 22%, Kartoffeln 16 394 713 T. (18 688 443 T.) oder — 12,3%, Futterernte 6 642 294 T. (6 751 927 T.) oder — 31,2%, Getreide, Futterernte (Runkeln) 10 176 865 T. (12 802 101 T.) oder — 17,3%, Rohstoffe Getreide, Bodenkohl, Rüben, Dörrfleisch, 3 335 135 T. (4 594 055 T.) oder — 14,3%, Rohstoffe (Wännen, Karotten) 940 708 T. (1 219 807 T.) oder — 22,9%, Weizen 837 932 T. (1 469 765 T.) oder — 43%.

Reichen, 28. Jan. Wilhelm Färber, Sohn des Landwirts Karl Färber, bei beiden die Brüder im Felde gefallen, sind gesund aus französischer Gefangenschaft in die Heimat zurückgekehrt. — Großer Raufwuttschlag macht sich hier in den letzten Tagen bemerkbar. Gänzlich bieten bis zu 6 M. für ein Fell. Was kostet da ein Fell? — Die vor dem Kriege tätige Ziegelei Woll, die manchem Bewohner seinen täglichen Verdienst brachte und manchem Bauern den großen Nutzen war, hat mit der heutigen Versteige-

Gegen neun Uhr war Großmann zu ihm gekommen, mit dem er eine lange Unterredung gehabt und den er dann mit Aufträgen in die Stadt geschickt hatte.

Voll Ungebuld wartete er auf dessen Wiederkommen. Endlich erschien er. Er berichtete von der überfüllten Abreise der Beilinger Herrschaften und daß der Großherzog gleich darauf eine Konferenz mit dem Hausminister von Brod und dem Präsidenten Hofenauer gehabt habe.

„Ein Aufseher meiner besonderen Gegner gegen mich“, sagte der Prinz.

„Ich vermute, daß man über dich gesprochen hat. Ich war im Schloß und begegnete den Herren, als sie eben die Treppe hinabstiegen. Sie sahen sehr ernst aus.“

Prinz Heinrich durchmaß das Zimmer ein paar mal mit großen Schritten. Er schien mit einem Entschluß zu kämpfen. Plötzlich machte er vor dem Feuerort halt. „Ich habe ein Anliegen an dich. Es war vielleicht unüberlegt, daß ich mich meinem Vater heute nicht gestellt habe. Begib dich ins Schloß, lasse dich bei dem Großherzog melden und sage ihm, daß ich ihn jetzt um eine Unterredung unter vier Wänden ansetze.“

Der Adjutant ging. Der Prinz klingelte Gehmänn, um sich anziehen zu lassen.

Er war längst fertig, als Großmann zurückkehrte.

„Du bringst mir nichts Gutes“, rief er ihm entgegen, „ich sehe es dir an.“

„Rein.“ — Der Großherzog weigert sich, dich zu empfangen.“

„Weigert sich... und warum?“

Großmanns Stirn färbte sich dunkler. Heinrich war die Erinnerung für ihn an den Ton, den der Großherzog gegen ihn angeschlagen hatte. „Ich bewundere Ihre — Unerschrockenheit, Herr Adjutant, mit einer solchen Meldung vor mich zu treten. Allein ich bin nicht die Puppe eines Ratzen. Hat der Großherzog es für gut befunden, die Hand zurückzuziehen, die ich ihm heute morgen zu reichen gewonnen war, so mag er warten, bis er meine Befehle empfängt. Weiden Sie ihm das in meinem und der Großherzogin Namen. Weiteres habe ich nicht hinzuzufügen.“

(Fortsetzung folgt.)

tung Ihre Existenz aufgegeben. Schade, daß dieses Unternehmen von Wächern verschwindet.

Hunzel, 28. Januar. Karl Einhof ist aus französischer Gefangenschaft zurückgekehrt. Sein Bruder kam vor einigen Monaten aus englischer Gefangenschaft.

Aus Nah und Fern.

Oberhausen, 28. Jan. Mit dem Tode bejahlt. Ein als Schneider in einem hiesigen Kaufhause beschäftigter russischer Kriegsgefangener ließ sich mit einem Seil durch den Lustschacht in das Innere des Kaufhauses hinab, um einen Diebstahl zu begehen. Als er mit seiner Beute den Rückweg antreten wollte, riß das Seil. Der Russe stürzte ab und blieb mit zerhackten Gliedern tot auf dem Boden liegen.

Gresenich, 28. Jan. Der Herrmann K. von hier hat sich abends in seiner Wohnung, die ihm der Gerichtsvollzieher, nachdem noch längerer Mündung die Räumungsklage zugunsten des Vermieters entschieden worden war, ausgemietet hatte, mit zwei Dynamitpatronen in die Luft gesprengt. Er wurde in Stücke zersplittert und das Haus erheblich beschädigt.

Berlin, 28. Jan. Zwei Kinder des Oberwachtmeisters Sedlan, die seit 24 Stunden vermißt wurden, und zwar ein 12 Jahre alter Sohn und eine 9jährige Tochter, wurden in einer auf dem Boden stehenden leeren Koltonne tot aufgefunden. Der Dedel der Tonne war fest eingepreßt. Der Fund hat eine furchtbare Aufklärung gefunden. Die eigene Mutter hat die beiden Kinder in die Tonne gesteckt, den Dedel hineingepreßt, ihn mit einem Stein beschwert, damit die Kinder den Dedel nicht herausstoßen konnten, und so den 12jährigen Knaben und das 9jährige Mädchen ersticken lassen.

Jülich, 28. Jan. Erschossen wurde am Samstag abend von einem Kolonialsoldat in der Promenade an der Gasanstalt der kürzlich aus englischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrte u. auf dem Bürgermeisteramt beschäftigte Herr Friedrich Sassenfeldt von hier. Der allgemein beliebte junge Mann sah mit einer Verwandten auf einer Bank, als ohne Grund der Soldat mit einem Revolver auf das Paar zukam und nach kurzem Wortwechsel den jungen Mann durch einen Kopfschuß tötete.

Lebte Nachrichten.

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 29. Jan. Die Sitzung wird um 12 Uhr eröffnet. Zur Verhandlung steht die förmliche Anfrage der Mehrheitspartei über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der lebenswichtigen Betriebe. Verbunden damit werden die förmlichen Anfragen der Sozialdemokratie über die Schließung der Eisenbahnwerkstätten und der Unabhängigen über die Wiedereröffnung der geschlossenen Eisenbahnwerkstätten sowie über die Aufhebung des Belagerungszustandes. Abg. Gröbe-Prankfurt (Z.) begründet die Anfrage der Mehrheitspartei Minister Deine: Die öffentliche Meinung wird leicht nervös, wenn sie immer von der Anwendung von Zwangsmassnahmen hört. Die öffentliche Meinung verlangt sehr leicht die Auflösung der Zwangsmassnahmen. Wir haben denn auch den Belagerungszustand meist bald aufgehoben. Leider hat sich die äußere Linie diesem Entgegenkommen nicht würdig erwiesen. (Lachen der Unabhängigen. Die Führer sind natürlich am weitesten weg, wenn es zum Schließen kommt. (Lebhafte Zustimmung.) Bei der Handhabung des Belagerungszustandes ist der Militärbehörden gewissermaßen an die Zustimmung der preussischen Regierungskommission gebunden, die ihren Schutz an ihr haben. Die Unabhängigen wollten diesmal die Regierung durch einen plötzlichen Schlag überumpeln. Der Zusammenstoß am Reichstag am 13. Januar war nicht etwa aus plötzlicher Aufwallung entstanden. Es handelte sich um ein ganz planmäßiges Vorgehen. In den Werkstätten wurde mit geschlossenen Unteroffizieren operiert, um den Ankchein zu erwecken, es kommandierten die Gewerkschaftsführer die Demonstranten dazu.

Wir müssen die Mittel anwenden, mit denen man bewaffneter Verbrecher Herr wird! (Lebhafte Zustimmung.) Am 13. Januar sollte die unmittelbare Aktion einsetzen. Es hat an Sekunden gegangen, daß die Waffe nicht ins Parlament dringen konnte. Es wäre zu einer grausamen Schlacht in den Korridoren gekommen, denn im Hause lagen der Sicherheit wegen 200 Soldaten. Das Blut der Opfer schreit gegen Sie zum Himmel. Das machte den Belagerungszustand nötig. Aber auch der Terror in Werkstätten forderte ihn. Dort wurde in einer Reihe von Flugblättern zur Anwendung unmittelbarer Gewalt aufgefordert.

Es ist Schwindel und Betrug, daß die Maschinenwerke zehn Minuten lang in die Menge geschrien haben. Es sind Sekunden gewesen, sonst wären Tausende von Opfern zu beklagen. Unser Freund Seiderling in Weiskalen ist erschossen, wenn Entlassungen vorkommen sollten, rücksichtslos von dem Standrecht Gebrauch zu machen. (Lachen der Unabhängigen.) Die Debatte, die in einem Teil der rechtsstehenden Blätter gegen den Minister Erberger ins Werk gesetzt wurde, ging auch weit über das Maß der erlaubten Agitation hinaus. Politisch klüger als die Unabhängigen ist die Rechte vor allem. (Sehr richtig.) Nur aus dem Felde der Arbeit kann man Turm eines neuen Staates errichten. (Großer Beifall der Mehrheit.)

Abg. Paul Hoffmann (U.S.) begründet die Anfrage über die Schließung der Lokomotivwerkstätten in Köln-Rippes und anderen Orten.

Eisenbahnminister Defer:

Wir haben in den letzten Jahren 1161 neue Lokomotiven in den Betrieb eingestellt. Die Arbeiter haben wir von 70 000 auf 100 000 erhöht. Trotzdem ist die Zahl der fertiggestellten Lokomotiven ständig gesunken. (Hört! hört!) Es ist ausgeschlossen, den Eisenbahnbetrieb aufrecht zu erhalten zu können, wenn das so weitergeht. Erleben wir ein Jahr wie das letzte, so können wir uns nicht mehr aufrichten.

Die Schließung der Werkstätten ist nicht ein Akt der Brutalität, sondern eine pflichtgemäße Maßnahme gegen diejenigen, die uns an den Abgrund bringen wollen. Die Abordnung von Frankfurt habe ich mit Absicht nicht empfangen, um einen Tarifvertrag zustande zu bringen. Es war alles gegeben, was möglich war. Durch eine ganz unbedachte Streit-

bewegung wurde Abbruch der Verhandlungen veranlaßt. Wenn mir jemand an die Gurgel greift und die Eisenbahnen waren an die Gurgel des Staates — so kann man sich nicht wundern, wie ich die Hand energig zurückstoße. Manche Werkstätten haben nur ein Achsel dessen an Arbeit geleistet, was andere, in denen noch einigermaßen gearbeitet wurde, in gleicher Zeit erledigten. (Hört! hört!) Meine erste Mahnung, nicht zu streiken, und die Gefangenen zurückzuführen zu können, die durch Ruhestörungen verbreitet wurde, wurde heruntergerissen. (Lebhafte Beifälle.) Nach meinem Empfinden ist es eine größere Brutalität. Eine Arbeiterschaft, die so auf passive Resistenz eingestellt ist, kann man nicht länger entlassen. Deshalb erfolgte die Schließung der Werkstätten. Reichs- und Staatsregierung waren sich einig, daß in diesen Werkstätten nur noch in Afford gearbeitet werden kann. Die Gewerkschaften haben erklärt, es sei für sie unmöglich, sich für ein Affordsystem einzufügen.

Deshalb hatten weitere Verhandlungen keinen Zweck. Ein Teil der Arbeiter hat sich schon bereit erklärt, zu den neuen Bedingungen zu arbeiten. Hoffentlich wird sich bald ein Teil der Arbeiter auf selbst gestellt bleiben. Hier handelt es sich um eine Parteifrage. Wir müssen alle gemeinsam arbeiten um uns vor dem Untergang zu bewahren. (Lebhafter Beifall.)

W. e. r. (Z.): Die Schließung der Werkstätten muß im Wege der Verhandlungen wieder aufgehoben werden. Natürlich erkennen wir auch die Notwendigkeit der zu steigenden Leistungen an.

Hierauf verlegt das Haus auf Freitag 12 Uhr Schluß gegen 1/6 Uhr.

Die Reichseinkommensteuer.

Berlin, 28. Jan. Im Steueranschuh der Nationalversammlung wurde heute bei der Beratung des Reichseinkommensteuergesetzes § 19 des Entwurfs dahin abgeändert, daß der Betrag von 2000 Mark übersteigende Teil des steuerbaren Einkommens steuerpflichtig ist. Der steuerfreie Einkommen teil erhöht sich für jede vom Haushalt zahlende steuerpflichtige Person deren Einkommen gemäß § 15 und 16 dem Einkommen des Steuerpflichtigen hinzurechnen ist oder hinzurechnen wäre, um 500 M. Vorstehende Begünstigung gilt auch für jede weitere Person, deren Unterhalt der Steuerpflichtige zur Erfüllung der gesetzlichen Unterhaltungspflicht trägt, jedoch nicht über den tatsächlich bezahlten Betrag hinaus.

Für die Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Berlin, 29. Jan. Auf Grund eines vom Unterstaatssekretär a. d. v. Braun und Oekonomierat Reiter erstatteten Berichtes folgte der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft folgenden Beschluß: Angesichts des ungeheuren Ernstes der gesamten Ernährungslage erklärt der Reichsausschuß, daß eine weitere Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Zwangswirtschaft nur zum Zusammenbruch der Landwirtschaft und der Volksernährung führen kann. Der Reichsausschuß sieht unter diesen Umständen den besten zurzeit gangbaren Weg zur Sicherstellung der Volksernährung und zur Erhaltung der Lebensfähigkeit der Landwirtschaft in der sofortigen Aufhebung unmittelbarer Lieferungsverträge. Er erklärt sich mit der Fortsetzung der zu diesem Zwecke bereits eingeleiteten Verhandlungen einverstanden.

Wieder ein Eisenbahnunglück.

Schneidemühl, 29. Jan. In der vergangenen Nacht fuhr der D-24 4 in der Nähe von Gersl bei Rönitz auf einen Militärtransportzug. Wie das Schneidemühler Tageblatt meldet, werden bis jetzt neun Tote und 17 Verwundete gezählt. Die Verwundeten wurden in das Militärlazarett Schneidemühl gebracht. Einzelheiten fehlen noch.

Aus den Eisenbahnwerkstätten.

Berlin, 29. Jan. Bis jetzt haben sich zur Einstellung in den Eisenbahnwerkstätten unter den neuen Arbeitsbedingungen gemeldet bei der Werkstätte Berlin 1 über 2000, Berlin 2 über 800, Frankfurt 2000, Wiesbaden 1193, Breslau 4 208, Sebaltsbrunn 450, Stargard 388, Salbte 550, darunter 100 Arbeiter, die bisher nicht bei der Eisenbahn beschäftigt waren. Aus den anderen Bezirken liegen noch keine Nachrichten vor.

Frankfurt a. M., 29. Jan. Statt der geplanten Nachhebung eines sogenannten fünften Steuerzweiges sieht sich der Magistrat gezwungen, ein volles Drittel der laufenden städtischen Steuern zur Nachhebung der Stadtvorordnetenversammlung vorzuschlagen.

Berlin, 29. Jan. Die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet, daß die Angaben über die Befolungsgruppen und die Gehaltsätze der neuen Beamtenbefolungsreform zwar im allgemeinen mit dem ausgearbeiteten Vorentwurf übereinstimmen, daß es sich aber doch nur um unverbürgte und nicht endgültige Angaben handelt, da über die ganze Materie noch Verhandlungen zwischen der Regierung und der Beamtenchaft und innerhalb der Regierung schweben.

Kemnitz, 29. Jan. Gestern vormittag ist das Reichswehr-Sturmabteilung Feldmarschall v. Hindenburg mit einer Maschinengewehrkompanie hier eingetroffen, um, nach der Mitteilung des militärischen Befehlshabers, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung und die Durchführung der von der Reichsregierung angeordneten Maßnahmen sicherzustellen.

Verantwortlich für den politischen Teil: Fritz R. a. d. v. Braun und Oekonomierat Reiter. **Verantwortlich für den Lokal- und Vermittlungsteil:** Karl E. a. d. v. Braun und Oekonomierat Reiter. **Druck und Verlag:** der Sudenbrunn-Verlag (Zab. H. R. a. d. v. Braun und Oekonomierat Reiter).

Die Volksabstimmungen im Grenzland und Preußen für politische Ziele.
Gib Deine
Grenz-Spende
für die Volksabstimmungen
auf Postfachkonto Berlin 73770
oder auf Deine Bank!
Deutscher Schulband, Berlin P. 30 52.

